

wie auch der Religionsfreiheit. In Polen war Wojtyła damals den stärker auf Fortschritt gerichteten Kräften in der Kirche näher als andere Bischöfe. Seine Ernennung zum Weihbischof von Krakau wurde in Polen als das Hervortreten einer neuen Bischofsgeneration begrüßt, von der man erwarten konnte, daß sie dem Konservatismus der Mehrheit des Episkopats entgegentreten würde.

Folgende Faktoren haben u. a. die Interessengebiete wie auch die allgemeine Ausrichtung von Wojtyłas Auftreten während des ganzen Konzilsverlaufs bestimmt: Sein persönliches Interesse für die Probleme, die durch die Philosophie der Gegenwart, besonders Marxismus und atheistischen Humanismus, aufgeworfen werden; seine vielfältigen Kontakte mit Kreisen katholischer Intellektueller (erst in Lublin, dann in Krakau) und mit erwachsenen Laien überhaupt; seine Verantwortlichkeit gegenüber einer besonders schwierigen pastoralen Situation. Mit einem Wort: Beim Konzilsvater Wojtyła findet sich die beständige Sorge um das Verhältnis von Kirche und Welt, die ja alle seine Beiträge kennzeichnet.

Allerdings war die Tätigkeit Wojtyłas auf dem Zweiten Vatikanum wie die aller Konzilsväter durch konkrete historische Gegebenheiten begrenzt: Bei der relativ großen Zahl polnischer Bischöfe auf dem Konzil ist es gut möglich, daß es innerhalb der polnischen Gruppe eine Aufgabenverteilung gab. Man kann daher vermuten, daß Wojtyła bestimmte Themen nicht behandelte, obwohl sie für ihn von Wichtigkeit waren, oder daß er bei der Behandlung bestimmter Gegenstände einige Aspekte übergang. Demgegenüber steht die Tatsache, daß Wojtyła zu keiner Zeit öffentlich die Einheitsfront der polnischen Bischöfe antasten wollte, auch nicht durch Nuancierungen, und daß er aus einleuchtenden Gründen der politischen Notwendigkeit mit dem Kardinalprimas und seinen anderen Kollegen solidarisch geblieben ist. Diese Notwendigkeit einer Frontbildung gegenüber dem politischen Regime brachte eine beständige Begrenzung des innerkirchlichen Gedankenaustauschs mit sich und hat auch Wojtyła davon abgehalten, eine ideologische Auseinandersetzung mit dem Regime zu führen.

In dieser Skizze von Wojtyłas Wirken auf dem Zweiten

Vatikanum fallen Faktoren ins Auge, die auch nach dem Konzil weiterwirken. Bei einem Rückblick auf das Zweite Vatikanum fällt die Hegemonie auf, wie sie von den westlichen Episkopaten und Theologen lange nur in bezug auf die großen Richtungen, sondern selbst in bezug auf die Auswahl der Fragen, die auf die Tagesordnung kamen, ausgeübt wurde. Um hier abzuweichen, sind einige Kommissionen absichtlich erweitert worden, vor allem die Kommissionen und Subkommissionen zu Schema XIII. Dadurch erhielt Bischof Wojtyła relativ früh die Gelegenheit, in den Kommissionen zu Schema XIII eine Kirche aus der nicht-westlichen Welt zu vertreten.

In Wojtyłas Konzilsansprache vom 21. Oktober 1964 zum Schema XIII wird zweimal auf die Notwendigkeit hingewiesen, stärker die verschiedenen Welten zu berücksichtigen. Diese eher unerwartete Zusammenschau von Dritter Welt und Osteuropa, wie sie aus dem gemeinsamen Gegensatz zur westlichen Welt entstand, hat dann auf den nachkonziliaren Synoden eine immer größere Rolle gespielt. Hier muß vor allem die Dynamik erwähnt werden, die von der Bischofssynode 1974 ausging, bei der die aus westeuropäischen Ländern stammende Führungsmannschaft des Zweiten Vatikanums (Suenens, Döpfner, Alfrink, König) durch eine neue, aus der nicht-westlichen Welt stammende Generation (Wojtyła, Cordeiro, Thian-doum, Lorscheider usw.) ersetzt wurde. Trotz aller beträchtlichen Unterschiede zwischen Zweiter und Dritter Welt bedeutet die Zeit der Synode von 1974 einen Wendepunkt, von dem auch Einflüsse auf das letzte Konklave ausgegangen sind.

Nach seiner Wahl hat Papst Wojtyła in seiner programmatischen Ansprache vom 17. Oktober 1978 versprochen, der Weiterführung des Zweiten Vatikanums eine neue Dynamik zu geben. Bei der Neuzuwendung zu „Lumen gentium“ und der Weiterentwicklung der Kollegialität geht es dabei nicht nur um den Buchstaben, sondern auch um den Geist des Zweiten Vatikanums. Wojtyła will mit der Erfahrung der nachkonziliaren Zeit zum impliziten Gehalt der Konzilstexte durchstoßen. In seiner ersten Ansprache auf dem Petersplatz hat Papst Wojtyła auch seine Treue zu „Gaudium et spes“ betont und versprochen, im Geist dieser Konstitution zu handeln. *Jan Grootaers*

## Tagungen

# Glaube, Wissenschaft, Zukunft

## Zur Weltkonferenz des ÖRK in Boston

Während die Vollversammlungen jeweils die gesamte Arbeit des Ökumenischen Rates der Kirchen überprüfen und Programmrichtlinien für alle Bereiche aufstellen, dienen die großen Weltkonferenzen vor allem der umfassenden

Diskussion einzelner Programmschwerpunkte. So führte die Unterabteilung „Kirche und Gesellschaft“ des ÖRK erstmals seit 1966 in diesem Jahr wieder eine Weltkonferenz durch. Sie tagte unter dem Thema: „Glaube, Wissen-

schaft und Zukunft. Der Beitrag von Glaube, Wissenschaft und Technik zum Kampf um eine gerechte, partizipatorische und lebensfähige Gesellschaft“ vom 12. bis 24. Juli im Massachusetts Institute of Technology (MIT) in Cambridge bei Boston (USA). Das Projekt der Weltkonferenz hatte der Zentralausschuß des ÖRK bei seiner Tagung im August 1977 gebilligt (vgl. HK, September 1977, 438), nachdem schon 1969 ein ökumenisches Studienprogramm über „Die Zukunft des Menschen und der Gesellschaft in einer wissenschaftlich-technischen Welt“ in Angriff genommen worden war. Nach der Weltkonferenz 1966 in Genf, die vor allem durch die Forderung nach einer Theologie der Revolution in die Schlagzeilen geraten war, bedeutete das eine neue sozialetische Akzentsetzung. Als Ausgangspunkt des neuen Studienprogramms hatte man 1969 formuliert: „Ein angemessenes theologisches Verständnis der Verantwortung der Kirchen für die Zukunft des Menschen könnte auf eine ganz neue Weise aus der Begegnung des christlichen Glaubens und der christlichen Tradition mit den verschiedenen Weltanschauungen und den Erkenntnissen der Sozial- und Naturwissenschaften erwachsen.“ In den folgenden Jahren fand eine ganze Reihe von regionalen und internationalen Tagungen statt, auf denen einzelne Aspekte des Programms erörtert wurden: So 1970 in Genf eine Arbeitstagung zum Thema „Wissenschaft, Glaube und die Zukunft des Menschen“, aus der (erstmalig auf einer Tagung des ÖRK) eine größere Zahl von Naturwissenschaftlern und Technikern teilnahm. Andere Konferenzen befaßten sich mit Problemen der Genetik, der Kritik der wissenschaftlichen Rationalität aus der Sicht der Theologie und Fragen der Ökologie. Alle diese und viele benachbarte Themen wurden bei der Vorbereitung der Weltkonferenz in Boston wieder aufgegriffen, zusammengehalten durch das anspruchsvolle Leitbild einer „gerechten, partizipatorischen (d.h. an der Mitbestimmung aller orientierten) und lebensfähigen (d.h. ökologisch verantwortbaren) Gesellschaft“, eine Zielbestimmung, die gleichermaßen den gesellschaftlichen Grundproblemen der Industrieländer wie der Dritten Welt gerecht zu werden versucht.

Daß diese Konferenz vor allem eine *umfassende Bestandsaufnahme aus der Sicht der Wissenschaftler* liefern sollte, wurde schon an der Zusammensetzung der Teilnehmer sichtbar: Von den mehr als 300 offiziellen Delegierten (insgesamt nahmen an der Konferenz fast 900 Menschen teil) waren die Hälfte Naturwissenschaftler aller Disziplinen: Biologen, Physiker, Mediziner, Elektro- und Computertechniker. Dazu kamen Philosophen, Wissenschaftstheoretiker, Wirtschaftswissenschaftler und Politiker. Theologen und Kirchenmänner stellten ungefähr ein Viertel der Teilnehmer, die aus insgesamt 56 Ländern nach Boston gekommen waren. Nicht teilnehmen konnten die fünf angekündigten sowjetischen Wissenschaftler; ihnen wurde die Ausreise kurzfristig verweigert.

Das Mammutprogramm der Konferenz lief in der Hauptsache zweigleisig ab. In den Plenarsitzungen wurden mehr als 40 Vorträge gehalten, deren Thematik von Grundfragen des Verhältnisses von Glauben und Wissenschaft über die

Zukunft von Wissenschaft und Technik in Industrie- und Entwicklungsländern bis zu den Problemen der Energieversorgung, der „biologischen Revolution“ und der möglichen gesellschaftlichen Kontrolle von Wissenschaft und Technik reichte. Daneben lief die Arbeit in den zehn Sektionen, wo die wichtigsten thematischen Schwerpunkte aufgegriffen und entsprechende Berichte erarbeitet wurden.

## Selbstkritik der Wissenschaftler

„Zunächst müssen wir uns eingestehen, daß wir uns ... an unserer Wissenschaft und unserer Technik berauscht haben und uns auf einen faustischen Pakt eingelassen haben, an dem wir bereits jetzt geistig und sehr bald auch körperlich zugrunde gehen.“ Das Stichwort vom faustischen Pakt wurde nicht nur in dem zitierten Referat des amerikanischen Informatikers *Joseph Weizenbaum* aufgegriffen, sondern tauchte auch bei anderen Rednern auf. Der Rückgriff auf die Chiffre des Teufelpaktes aus der Anfangsphase neuzeitlicher Wissenschaft kennzeichnete bei allen Unterschieden im einzelnen durchaus das Bild, das Wissenschaftler aus den westlichen Industrieländern in Boston von der gegenwärtigen Lage von Wissenschaft und Technik zeichneten. Weizenbaum sprach so von „Vergiftungserscheinungen“ durch Wissenschaft und Technik, durch den „Mythos der reinen Wissenschaft“. Er plädierte für eine „technologische Entgiftung“ anstelle weiterer Unterwerfung von Mensch und Gesellschaft unter die Gesetze abstrakter technischer Rationalität.

Ein ähnlich düsteres Bild von den vielfältigen Abhängigkeiten und Zwängen, in die wissenschaftliche Forschung geraten ist, zeichnete der englische Wissenschaftshistoriker *Jerome Ravetz*. Die *entscheidenden Gefährdungen heutiger Wissenschaft* sind ihm zufolge Ignoranz bei der Forschung im Blick auf ihre Folgen, nicht hinreichend kompetenter Umgang mit der Technologie und Manipulation und Korruption bei der Verwaltung von Wissenschaft. Er kam zu dem Schluß: „Der Typ von Wissenschaft, der uns in diese Krise gestürzt hat, ist kaum geeignet, uns einen Ausweg zu zeigen. Der widerspruchsvollste Ruf unserer Zeit ist der nach einer Überlebensstrategie.“ Solche mehr allgemein gehaltenen Aussagen wurden konkretisiert und gleichzeitig in ihrer Tendenz untermauert durch Referate über Einzelprobleme gegenwärtiger Forschung und ihrer gesellschaftlichen Kontrolle. So warnte *Jonathan King*, Professor für Mikrobiologie am MIT, vor einer profitorientierten Weiterführung der *Genforschung*: „Die Debatte um öffentliche Kontrolle der Genforschung geht nicht um die Freiheit der Forschung. Es geht darum, diejenigen in ihre Schranken zu weisen, welche Kenntnisse, die allen zugute kommen sollten, rücksichtslos für ihre eigenen Zwecke ausbeuten wollen.“ Ebenso plädierte ein Computerspezialist des MIT dafür, daß auch in Zukunft das Verhältnis von Mensch und Maschine menschlich bleiben müsse. Der Umgang mit dem Computer sollte von dem Empfinden dafür geleitet werden, was mit einer gerechten

und verantwortbaren Gesellschaft zu vereinbaren sei. Schritte auf dem Weg zu einem veränderten, den gegenwärtigen und zukünftigen Risiken und Problemen angemesseneren Verhältnis von Wissenschaft und Politik skizzierte der Schweizer Wirtschaftswissenschaftler *Theodor Leuenberger*. Als Maßnahme gegen eine immer stärkere Ausweitung der Verflechtung von Staat, Wirtschaft und Großtechnologie empfahl er eine bessere Vermittlung zwischen wissenschaftlichen Informationen und politischem Handeln als unterschiedlichen Problemstrukturen: „Wissenschaftliche Vielstimmigkeit und Kontroverse als Mittel der politischen Kontrolle für den wissenschaftlich-technischen Fortschrittsprozeß.“

Eine solche Kontroverse wurde in Boston exemplarisch in der Frage der *zukünftigen Energieversorgung* ausgetragen. Der amerikanische Nuklearwissenschaftler *David Rose*, der einen umfassenden Überblick zur Problematik der Energieversorgung vortrug, kam zu dem Schluß, daß zur Deckung des Energiebedarfs für eine längere Übergangszeit auf die Nutzung der Kernenergie nicht verzichtet werden könne. Ihm widersprach der Schweizer Physiker *Jacques Rossel*, der auf die sozialen Risiken kerntechnischer Großanlagen hinwies und die christlichen Kirchen aufforderte, eindeutig Stellung zu beziehen.

Im Hintergrund auch dieser Kontroverse stand die Frage nach der „partizipatorischen und lebensfähigen Gesellschaft“. Hier wurden durchaus verschiedene Akzente gesetzt. Generalsekretär *Philip Potter* hatte in den Mittelpunkt seines Eröffnungsreferats vor allem die Forderung nach der Beteiligung aller Menschen an der Entscheidung über wissenschaftlich-technische Planungen gestellt: „Wie kann erreicht werden, daß sie nicht mehr wie bisher Strukturen der Ungerechtigkeit legitimieren, sondern Strukturen sozialer Kontrolle, die vom Volk mitbestimmt werden, möglich machen?“ Andere Redner machten sich mehr zu Anwälten einer Beschränkung des Wirtschaftswachstums. Der amerikanische Wirtschaftswissenschaftler *Herman E. Daly* plädierte dafür, daß „die Beschränkung des Wirtschaftswachstums auf ein ökologisch verantwortbares Maß eine absolute Notwendigkeit“ sei. Er entwickelte eine neue Formel für zukünftiges globales Wirtschaftswachstum: es müsse eine „hinreichende Pro-Kopf-Produktion für die größte Zahl und auf alle Zeit“ bereitstellen.

„Die Vision des unaufhörlich wachsenden Überflusses ist das gemeinsame Ideal sowohl des Kapitalismus als auch des Kommunismus. Wunschdenken und technischer Determinismus scheinen auch vor gegensätzlichen Ideologien nicht haltzumachen.“ Diese Sätze aus dem Referat von Herman Daly wurden von den beiden einzigen Referenten aus den sozialistischen Ländern, dem jugoslawischen Politologen *Ernst Petric* und dem Erfurter Propst *Heino Falcke* ein Stück weit bestätigt. Beide gaben zu, daß auch der Sozialismus gegenwärtig keine Lösung für die ökologischen Probleme habe. Petric meinte aber, daß in sozialistischen Gesellschaften eine Neuorientierung der Produktion nach ökologischen Grundsätzen leichter zu bewerk-

stelligen sei, weil diese vom Gemeininteresse geleitet seien. Falcke argumentierte zurückhaltender. Er fragte: „Ist nur die Verflochtenheit von Wissenschaft und Technik in Klasseninteressen zu kritisieren?“ und forderte, die Kritik der politischen Ökonomie müsse um die Kritik der technischen Vernunft erweitert werden.

## Technischer Fortschritt und Dritte Welt

Was haben Wissenschaft und Technik für die *Dritte Welt* gebracht, und wie sehen ihre Vertreter Chancen und Risiken der weiteren Entwicklung? Diese Fragen nahmen auf der Weltkonferenz von Boston einen besonders breiten Raum ein. Die Referenten aus Afrika und Lateinamerika waren sich darin einig, daß ohne weitere Fortschritte von Wissenschaft und Technik die Entwicklung ihrer Länder nicht vorangetrieben werden könnte, gleichzeitig übten sie aber scharfe Kritik an der Art und Weise, wie bisher wissenschaftliche Ergebnisse und technologische Möglichkeiten in die Dritte Welt verpflanzt worden seien. Dabei wurden nicht nur die westlichen wie sozialistischen Industrieländer angegriffen, auch die eigene wissenschaftliche und politische Elite blieb von Kritik nicht verschont. So beklagte der Ägypter *O. A. El Kholy*, daß unter den Technikern und Wissenschaftlern seines Bereichs die Faszination durch alles „Moderne“ so groß sei, daß für traditionelle Techniken nur Verachtung übrigbliebe. Das „Interesse an Modernisierung und Wachstum“ sei mit „Gleichgültigkeit gegen die Würde des Menschen“ verbunden. Allen Rednern gemeinsam war auch die Forderung nach einem technologischen Fortschritt, der von nationalen Prioritäten und Möglichkeiten ausgeht und sich auf die wirklichen Bedürfnisse der Massen ausrichtet. Der Kenianer *Thomas R. Odhiambo* stellte einen Vier-Punkte-Katalog auf: Es müsse die Fähigkeit entwickelt werden, für afrikanische Bedingungen *spezifische* Problemlösungen zu finden, die Prioritäten für die nationale Entwicklung seien zu klären, es brauche die Fähigkeit, sich zwischen unterschiedlichen Technologien zur Lösung dieser Probleme entscheiden zu können, schließlich brauche man den nötigen einheimischen Sachverstand, um die Vorhaben mit Hilfe selbst entwickelter oder importierter Technik auszuführen.

In ähnliche Richtung zielten die Vorschläge des nigerianischen Regierungsbeamten *B. C. E. Nwosu*, der sich kritisch mit verschiedenen Entwicklungsmöglichkeiten für die Dritte Welt beschäftigte. Er machte Vorbehalte gegenüber den drei wichtigsten Möglichkeiten geltend: Weder der Weg der „eingekauften Technik“ noch der Versuch autarker Entwicklung, noch der Weg über multilaterale Organisationen sei ohne schwerwiegende Nachteile. Sein Alternativvorschlag: Jedes Land müsse sich zunächst über seine Ziele klar werden. Es sollte eine Bildungspolitik auf der Grundlage der eigenen Traditionen aufbauen. Schließlich als dritter Punkt: „Entwicklungsländer sollten versuchen, alle technologischen Optionen offenzuhalten. Sie müssen sich ihre Freunde klug aussuchen.“

Grundsätzliche Kritik an der Themenstellung der Konferenz aus der Sicht eines Entwicklungslandes übte der indische Wissenschaftler *C. T. Kurien*: „Eine kleine Minderheit der Weltbevölkerung lebt im Überfluß, gerät in Hysterie über die erschöpflichen Ressourcen der Welt und fordert im Interesse der Nachwelt eine umwelterhaltende Ethik. Die gleiche Gruppe organisiert sich in ihren Bestrebungen, diejenigen, die gegenwärtig an ihrem Überfluß nicht teilhaben können, auch weiterhin daran zu hindern, auch nur einen erträglichen Lebensstandard zu erreichen.“ Das Konzept einer „lebensfähigen Gesellschaft“ sei nichts als die „Widerspiegelung einer Neurose der Angehörigen des Clubs der Überflußgesellschaft“. Entscheidend für eine wirklich gerechte Gesellschaft sei vielmehr der Grad der Partizipation aller Glieder an den sozialen Prozessen. In Ländern der Dritten Welt könne Wachstum Freiheit und Gleichheit nicht garantieren ohne die „bereitwillige Partizipation der Massen, denn bei ihnen allein liegt die Entscheidung, was produziert werden muß und in welchen Mengen.“

### Mehr Fragen als Antworten

Die meist recht umfangreichen Sektionsberichte mit ihren jeweiligen Empfehlungen für die weitere Arbeit des ÖRK spiegeln nochmals die thematische Breite wie die Grundlagen der Weltkonferenz wider. Die Berichte werden nach der Konferenz aufgrund der Stellungnahmen im Plenum überarbeitet und gehen dann in den allgemeinen Konferenzbericht ein. Viele der Empfehlungen sind recht allgemein gehalten, andere behandeln Einzelfragen einer neuen Weltwirtschaftsordnung, der Umweltpolitik oder der biologischen Manipulation des Lebens. Vom Plenum der Konferenz einstimmig verabschiedet wurde eine Resolution zur Abrüstung, die sich gegen die weitere Produktion von Kernwaffen und für die Intensivierung friedenssichernder Maßnahmen ausspricht. Weniger einheitlich war schließlich die *Haltung der Konferenz in der Frage der friedlichen Nutzung der Kernenergie*: Nach einer heftig und kontrovers geführten Debatte wurde mit 129 gegen 45 Stimmen bei 21 Enthaltungen eine Empfehlung an alle Regierungen verabschiedet, ein fünfjähriges Moratorium beim Bau von Kernkraftwerken einzuhalten. Die schon bestehenden Kernkraftwerke sollten demnach nur bis zur Entwicklung besserer Alternativen eingesetzt werden.

Die Bedeutung dieser Weltkonferenz läßt sich nicht primär an Zahl und Inhalt der verabschiedeten oder beratenen Resolutionen und Berichte messen. Alle Beobachter der Konferenz waren sich zunächst darin einig, daß die Tage in Boston zu einem *offeneren Verhältnis von Kirche und Naturwissenschaften* beigetragen haben. Schon das allein ist als Erfolg zu werten. Gerade die radikale Entmythologisierung, die Wissenschaftler und Techniker an ihren eigenen Erfolgen und Fortschritten vornahmen, hat dazu beigetragen, daß an die Stelle traditioneller Frontstellun-

gen der Blick auf die gemeinsam zu bewältigenden Probleme getreten ist. Le Monde überschrieb den Schlußbericht zur Weltkonferenz mit dem Satz: „Wissenschaft und Glaube sind dazu verurteilt, sich zu verbünden, um den Herausforderungen der modernen Welt begegnen zu können“ (Le Monde, 7. 8. 1979). Daß gegenüber diesen Herausforderungen, die auf der Konferenz in ihrer Vielfalt und Dringlichkeit zur Sprache kamen, ideologische Schablonen wenig ausrichten, zeigte sich in Boston gerade an der durchweg differenzierten Argumentation der Wissenschaftler und Politiker aus der Dritten Welt.

Die Konferenz sollte nicht nur der Darstellung wissenschaftlicher, technischer und ökonomischer Probleme dienen, sondern auch zu einer neuen christlichen Sicht dieser Probleme anleiten. Darin ist es bei Ansätzen und Postulaten geblieben. Die wenigen theologisch orientierten Referate ließen keine einheitliche Position erkennen. Eine besonders pointierte Stellungnahme gab der australische Biologe *Charles Birch* ab, der schon bei der Vollversammlung des ÖRK in Nairobi 1975 ein neues Verständnis der Natur gefordert hatte. In seinem Konferenzvortrag „Natur, Mensch und Gott in ökologischer Sicht“ entwickelte er in Boston die Vision einer neuen Ethik, „die alles Leben und die ganze Menschheit in eine unendliche Verantwortung für alles Leben miteinbezieht“. Er plädierte für ein ökologisches Weltbild, für das gelte: „Wir sind nicht allein. Im ökologischen Weltbild spürt das Universum Gott in seinem schöpferischen Fortschritt. Und Gott spürt die Freuden und Schmerzen des Universums in seiner Entwicklung.“ Die Konferenz hat sicher gezeigt, daß in der Richtung einer neuen Theologie der Natur weitergedacht werden muß. Es muß aber offenbleiben, ob dabei schließlich das von Birch vertretene Einheitsdenken die Oberhand gewinnen wird.

Der Inder *C. T. Kurien* hatte in seinem Referat im Blick auf das Thema der Konferenz ironisch angemerkt, daß ansprechende Adjektive noch lange keine Gesellschaft machen: Die Weltkonferenz hat zur Leitvorstellung der „gerechten, partizipatorischen und lebensfähigen Gesellschaft“ viele einzelne und sehr verschiedenartige Mosaiksteine geliefert. Es hat sich dabei aber klar gezeigt, wie schwer die drei Bestimmungen miteinander zu harmonisieren sind, ohne durch die Überbetonung einer davon Widerspruch hervorzurufen.

Trotzdem war die Weltkonferenz „Glaube, Wissenschaft und Zukunft“ bei aller oft verwirrenden Vielfalt der Themen und Meinungen und bei aller Vorläufigkeit der Lösungsansätze ein wichtiges und notwendiges ökumenisches Ereignis. Der Ökumenische Rat hat damit ein Forum geboten, auf dem ein mehr beängstigendes als hoffnungsvolles Panorama wissenschaftlich-technischer und gesellschaftlicher Entwicklungen ausgebreitet werden konnte. Es wäre schon viel gewonnen, wenn – wie in Boston immer wieder gefordert – in den Kirchen die Gesprächsansätze weitergepflegt und die angesprochenen Probleme weiterdiskutiert würden, ohne vor ihrer Komplexität zurückzuschrecken.

Ulrich Rub